

Haushaltsrede 2017

gehalten am 14. Februar 2017

von

Manuel Hummel

- es gilt das gesprochene Wort –

Im im Rastatter Kreistag



Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

im vergangenen Jahr hat sich vieles im Landkreis in eine - aus grüner Sicht - positive Richtung entwickelt: die von uns geforderte Überprüfung der Klassifizierung unserer **Kreisstraßen** ist im Gang, und bis zu einem Ergebnis werden wir keine weiteren Rückstufungsanträge stellen. Das Landratsamt hat einen **Radverkehrsbeauftragten** benannt. Die **Abfallberatung** wird endlich ausgebaut. Schwachpunkte im ÖPNV wurden anerkannt und das **Ortsteilverbesserungskonzept** aufgelegt. Die Klassen 11-13 werden bei den **Fahrtkostenzuschüssen** mit den unteren Klassenstufen gleichgestellt. Die Deckelung der ÖPNV-Ausgaben wurde beendet. An unseren **Schulen** verbessern wir den Brandschutz, ermöglichen Barrierefreiheit, schaffen Essens- und Aufenthaltsmöglichkeiten und schreiten in der energetischen Sanierung voran.

Die neue Rechtsform der **Technologieregion Karlsruhe** haben wir Grünen zwar abgelehnt, die Institution tragen wir nun aber grundsätzlich mit.

Vor allem aber beinhaltet dieser Haushalt einige gewichtige Posten und nimmt Weichenstellungen vor, die wir ganz bewusst nicht nur „mittragen“, sondern ausdrücklich unterstützen wollen.

Da ist zum Einen das **Backbone-Netz**: ein Projekt, mit dem sich der Landkreis bewusst und freiwillig eine ganz neuen Aufgabe auflädt. Eine Aufgabe von ähnlichem Stellenwert wie einstmals die Kanalisation, das Stromnetz oder die Kreisstraßen. Aber wir sehen darin par excellence eine der in der Landkreisordnung festgelegten Aufgaben, welche „*die Leistungsfähigkeit der Gemeinden übersteigen*“ und „*der einheitlichen Versorgung der Einwohner*“ dienen.

Des Weiteren geben wir in diesem Jahr über 2 Mio € für **Radwege** aus. Lediglich der Radweg zwischen der B36 neu und Bietigheim hängt mittlerweile leider zum vierten Mal in der Warteschleife.

Ein großes Fragezeichen schwebt über der künftigen Entwicklung des **Klinikums**. Hinter dem Zuschuss von erneut 1,75 Mio € stehen wir uneingeschränkt, und für den Ausgleich möglicher Defizite hat der Kreistag ebenfalls den Weg frei gemacht. Natürlich lässt sich mit Geld letztlich fast alles regeln. Wie viel Substanz Treueschwüre und Solidaritätsadressen an die einzelnen Häuser aber haben, wird sich bald zeigen. Für einen Bestandschutz aller vier Standorte sind Heimatliebe und Standortpolitik als Begründung zu dünn.

In erster Linie müssen Aufsichtsrat und Gesellschafter bei jeder Entscheidung belegen, was aus *medizinischer* Sicht das Beste für die Menschen ist. Was vor Jahrzehnten sinnvoll war, muss nicht zwangsläufig auch jetzt noch sinnvoll sein. In zweiter Linie müssen unsere Strukturen wirtschaftlich tragfähig sein. Wenn sich medizinische und wirtschaftliche Aspekte decken – umso besser. Wenn sie sich widersprechen, müssen wir abwägen. Auf keinen Fall aber dürfen Umstrukturierungen zu Lasten der Patienten gehen. Und über allem steht der Erhalt des Klinikums Mittelbaden in kommunaler Trägerschaft.

Gesundheitspolitik in Mittelbaden sollten wir aber nicht allein dem Klinikum überlassen. Das habe ich schon vor vier Jahren in meinem Schreiben an Sie, Herr Landrat, verlangt. Der Landkreis hat mit seiner Veranstaltung zur ärztlichen Versorgung 2012 zwar einen ersten Schritt getan, ist aber seitdem nicht vorangekommen. Nun laufen auch in unserem Landkreis die Planungen für eine Gesundheitskonferenz an, und wir sind gespannt auf die Impulse, die davon ausgehen werden.

Wenn es um Infrastruktur in der Fläche geht, könnten wir – wenn wir schon eine finni-

sche Partnerstadt haben – generell mehr von Skandinavien lernen. Auch dort gibt es eine funktionierende Gesundheitsversorgung, einen funktionierenden ÖPNV und eine funktionierende Nahversorgung – alles bei dramatisch geringerer Bevölkerungsdichte.

PFC ist momentan zwar DAS Aufregerthema in Mittelbaden, für den Haushalt 2017 allerdings nicht. Wie in den Vorjahren erwarten wir deshalb von der Landkreisverwaltung und von der Landesregierung, dass Personal und Geld ausreichend zur Verfügung stehen, um bei der Bewältigung voranzukommen. Einen dringenden Wunsch haben wir an unser Gesundheitsamt: Es sollte für Stillwillige eine **Blutuntersuchung** auf deren PFC-Belastung angeboten werden. Grundlage für diese Forderung ist eine Studie, die einen erhöhten Übergang von PFC in die Muttermilch nachgewiesen hat.

Dass über die reinen Planungskosten für die **Ostanbindung** hinaus noch keine Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt enthalten sind, ist ein wesentlicher Aspekt, der uns die Zustimmung zum Haushaltsplan ermöglicht. Aber die BefürworterInnen sollten sich im Klaren darüber sein, dass ein „Ja“ zur Ostanbindung gleichzeitig auch ein „Nein“ zu vielen anderen Maßnahmen bedeutet. Schulen werden nicht saniert, Straßen nicht erneuert werden können. Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass die Ostanbindung für den Flughafen nicht notwendig ist und für Hügelshaus keine Lösung darstellt. Wenn natürlich wertvolle Gewerbeflächen im Airpark an Speditionen vergeudet werden, die viel Fläche belegen und kaum Arbeitsplätze schaffen, aber Verkehr und Lärm generieren, legen sich die Umlandgemeinden selbst ein Kuckucksei in´s Nest. Dies ist eine verhängnisvolle Fehlentwicklung, während für das produzierende Gewerbe, das wir viel stärker benötigen, die Flächen fehlen. Dieselbe Kreistagsmehrheit, die den Autobahnanschluss wie ein Mantra auf den Lippen führt, vernachlässigt gleichzeitig sträflich die Anbindung und die innere Erschließung des Airparks durch den ÖPNV – so sehr, dass dies ein Investitionshemmnis darstellt! Wir wollen, dass dieses mustergültige interkommunale Gewerbegebiet auch in ökologischer Hinsicht vorbildlich wird.

Die **Anschlussunterbringung** der Flüchtlinge wird aufgrund der aktuellen Rechtslage den Kreishaushalt vermehrt belasten. Die Klagen darüber sind nicht neu, wir haben sie auch heute gehört. Wir Grünen sind ausdrücklich NICHT der Meinung, dass eine gesamtstaatliche Verpflichtung nur vom Bund zu tragen sei. Zum unserem Staatswesen gehören Bund, Länder UND Kommunen – daraus erwächst auch die Verpflichtung, Aufgaben mitzufinanzieren. Moralisch eher zweifelhaft ist hingegen die Position, dass WIR im Landkreis die Flüchtlinge ja nicht rein gelassen hätten, sondern die Bundesregierung, personifiziert durch eine gewisse Frau Merkel. Wer hier eine Partei vertritt, die „Ja“ gesagt hat zu unseren humanitären Verpflichtungen, der kann auf kommunaler Ebene nicht so tun, als ginge ihn dies in finanzieller Hinsicht nichts an!

Wenn die Verwaltung die Bettenzahl in den **Gemeinschaftsunterkünften** in einem mittleren Bereich einpendeln lassen will, dann kann das zu viel, aber auch zu wenig sein. So lange andere Länder Zäune bauen und das Mittelmeer Menschen verschluckt, werden uns nur noch wenige Flüchtlinge erreichen können. Wenn aber Erdoğan die Türkei in eine Präsidialdiktatur verwandelt, werden politisch Verfolgte auch aus der Türkei verstärkt Zuflucht in Deutschland suchen. So oder so – jede Planung ist heikel, und es wird am Ende garantiert wieder Kritiker geben, die alles besser gewusst haben. Wir stehen deshalb ausdrücklich hinter dieser Vorgehensweise. Und wir erwarten nun auch einen aktuellen Überblick über den Energieverbrauch in den Unterkünften.

Ja, wir sind schon weit gekommen, was Energieverbrauch und -versorgung unserer Immobilien angeht. Meine Fraktion hat aber bei der Vorlage des Energiekonzepts darauf hingewiesen, dass dies eben nur ein Aspekt ist auf dem Weg zum klimaneutralen Landkreis. Vor zwei Jahren habe ich an dieser Stelle die Nutzung von Fördermitteln für

Elektromobilität angemahnt, ohne dass seitdem etwas geschehen wäre. Momentan nutzt der Landkreis 90 Fahrzeuge, davon nur drei Elektrofahrzeuge. Natürlich sind ein Unimog oder das Fahrzeug des Kreisbrandmeisters nicht unbedingt der ideale Einsatzbereich für Elektromobile, aber generell sehen wir - auch im Hinblick auf die Zukunft der Automobilindustrie in diesem Landkreis – die Behörden in einer Vorbildfunktion. In diesem Jahr wird der Landkreis zahlreiche Fahrzeuge neu beschaffen, die zum großen Teil nicht in die Zuständigkeit des Kreistags fallen. Wir werden deshalb in Kürze einen entsprechenden Antrag einbringen, grundsätzlich Elektromobile zu nutzen, und nur in begründeten Ausnahmefällen davon abzuweichen.

Dass die Kreistagsmehrheit dem Landrat nachgewiesenermaßen notwendige **Personalstellen verweigert**, ist ein, so weit ich zurückdenken kann, einmaliger Vorgang. Damit trifft sie nicht die Landesregierung, sondern überarbeitete Mitarbeiter –Dankesworte an diese erscheinen da in einem trüberen Licht. Nebenbei mag einigen Blockierern auch gelegen kommen, dass mit dem Naturschutz ein Bereich getroffen wird, der manchen KommunalpolitikerInnen ohnehin ein Dorn im Auge ist und deshalb kurzgehalten werden soll.

In jedem Job gibt es mal Phasen, wo es stressig wird und die Arbeit über einem zusammenschlägt. Das darf aber kein Dauerzustand sein. Ob im Landratsamt, im Abfallwirtschaftsbetrieb oder beim Klinikum - wir dürfen unsere MitarbeiterInnen nicht auspressen wie Zitronen, wenn wir sie nicht dem Burnout ausliefern wollen. Als KreisrätInnen haben wir leider meistens nur wenig Einblick in die Arbeitssituation. Ich erwarte deshalb von Verwaltung und Personalräten, dass sie auf uns zugehen, wenn die Lage es erfordert.

Am Ende der Haushaltsrede folgt üblicherweise der **Dank** an all unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag. Dies will auch ich so halten: Vielen Dank im Namen meiner Fraktion! So angenehm ein kollegialer Umgangston ist, und so gern auch der Landrat es sehen mag, wenn die Zusammenarbeit klappt: wir dürfen darüber aber nicht vergessen, dass wir nicht dafür gewählt sind, Nettigkeiten auszutauschen. Das Suchen nach Mehrheiten und der Austausch von Argumenten sind das Wesen der Demokratie. Unsere Aufgabe ist es, Alternativen aufzuzeigen, um dadurch Entscheidungen (und nicht nur Beschlüsse) überhaupt erst möglich zu machen. Die Grenze für denkbare Alternativen ist allerdings da überschritten, wo die Grundwerte unserer Verfassung in Frage gestellt werden. Die Würde des Menschen ist und bleibt unantastbar.

Wenn wir das zunehmende Misstrauen gegenüber den Medien ernst nehmen, sollten wir uns auch keine „*wohlwollende Begleitung*“ durch die Presse wünschen, sondern eine durchaus kritische Berichterstattung durch unabhängige Journalisten.

In diesem Sinne hoffe ich auf konstruktive Diskussionen, gute Lösungen und ein erfolgreiches Haushaltsjahr. Wir stimmen dem Haushalt zu.